Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

F0029/13 SPD-Fraktion

Bezeichnung

Ausreichende Schulplätze für alle Schülerinnen und Schüler in Magdeburg

Verteiler

Der Oberbürgermeister

Stadtamt

FB 40

Stellungnahme-Nr.

S0048/13

Datum

07.03.2013

Tag

19.03.2013

Die SPD-Stadtratsfraktion bittet den Oberbürgermeister Bezug nehmend auf die Information I0036/13 um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Erhalten alle Magdeburger Schüler ab Sommer 2013 einen Platz in der Schulform, die sie gewählt haben?*
- 2. Kann jedem Kind ein Platz in der Schule garantiert werden, der seinen Neigungen und Wünschen entspricht?*
- 3. Wie viele zusätzliche Plätze können für die Übergangszeit in der Außenstelle der IGS „R. Hildebrandt“ geschaffen werden, um einen möglichen zusätzlichen Bedarf an Plätzen an integrierten Gesamtschulen zu decken?*
- 4. Die Einführung der Gemeinschaftsschule wird die Schullandschaft auch in Magdeburg verändern. Ist derzeit schon absehbar, wie viele Schüler sich nach der Einführung der Gemeinschaftsschule für diese weiterführende Schulform entscheiden werden?*
- 5. Kann die Stadtverwaltung anhand des Anmeldeverhaltens für Gymnasien, Sekundar-, Gemeinschafts- und Gesamtschulen in 3-4 Jahren eine gesicherte Datengrundlage erstellen, nach der entschieden werden kann, welche Schulstandorte für welche Schulform auf Dauer vorgehalten werden müssen.*

Die Anfrage F0029/13 beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1 und 2)

Der Verwaltung liegt die Übersicht der Erstwünsche des Übergangs an weiterführende Schulen vor. Im Ergebnis ist festzustellen, dass der schulgesetzliche Anspruch zu 100 % erfüllt werden kann. Die Schaffung zusätzlicher Plätze in den Bildungsgängen Gymnasium und Gesamtschule wurde gegenüber der Schulbehörde angezeigt. Das Landesschulamt hat im Gespräch am 27.2.2013 bereits mündlich seine Zustimmung erklärt und das entsprechende Antwortschreiben in Kürze in Aussicht gestellt. Zum Schuljahr 2013/14 werden allen Schülerinnen und Schülern Plätze in der von Ihnen gewählten Schulform zur Verfügung stehen.

Zu 3)

Entsprechend des Urteils des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt vom 1.10.12 wird der Rechtsanspruch aller Schülerinnen und Schüler erfüllt. Als Interimslösung könnten im Nebengebäude der IGS „Regine Hildebrandt“ in der Pablo-Neruda-Str.12 jährlich bis zu 112 Plätze für mindestens 4 Schuljahre bis 2016/17 zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt liegen 316 Erstwünsche für die beiden IGS vor. Die IGS „Willy Brandt“ wird davon 112 Schüler in 4 Klassen aufnehmen und die IGS „R. Hildebrandt“ 140 Schüler. Weitere 64 Schüler werden ebenfalls an der IGS „R. Hildebrandt“ beschult. Abhängig vom zukünftigen Wahlverhalten der Eltern könnte daraus eine eigenständige Schule – IGS oder Gemeinschaftsschule – entstehen, für die ein separater Standort entwickelt wird.

Zu 4)

Vom Kultusministerium wurde mit Schreiben vom 14.2.2013 der aktuelle Zeitplan bis zum Beginn des Schuljahres 2013/14 in Bezug auf die Errichtung einer Gemeinschaftsschule mitgeteilt, wonach im April 2013 die Umwandlungsverordnung veröffentlicht werden soll, die sich zzt. im Anhörungsverfahren befindet.

Erst dann können konkrete Anträge beim Landesschulamt gestellt und in der Folge dem Schulträger zur Herstellung des Einvernehmens vorgelegt werden. Die Bescheide zur Errichtung der Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2013/14 sollen bis Ende Juni 2013 erteilt werden.

In der Landeshauptstadt Magdeburg wird voraussichtlich die Sekundarschule „Wilhelm Weitling“ die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule beantragen. Sie arbeitet derzeit an einem Konzept und führt Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern für die Kursstufe.

Der Verwaltung ist bekannt, dass zwei weitere Sekundarschulen die Umwandlung in Gemeinschaftsschulen beabsichtigen.

Belastbare Schülerzahlen können aufgrund des o.g. zeitlichen Ablaufes noch nicht vorliegen.

Zu 5)

Bei der Entscheidung, welche Schulstandorte für welche Schulform langfristig vorgehalten werden müssen, sind folgende Unwägbarkeiten zu berücksichtigen:

- das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt vom 1.10.2012,
- der Wegfall der Verbindlichkeit der Schullaufbahneempfehlungen mit der Schulgesetzänderung vom 7.12.2011 (GVBl. LSA S. 815, 816) und
- die Errichtung von Gemeinschaftsschulen mit der Schulgesetzänderung vom 5.12.2012 (GVBl. LSA S. 560)

Die in der Information I0036/13 erläuterten Schritte sichern für die nächsten vier Jahre die Beschulung an den weiterführenden kommunalen Schulen und schaffen damit einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf. Dadurch kann sowohl der beschlossene neue gymnasiale Standort realisiert als auch dem elterlichen Willen seitens des Schulträgers entsprochen werden.

Auf dem Hintergrund der 14 Schulgesetzänderungen – unter anderem der Einführung der Förderstufe – können gleichwohl in diesem Prozess weitere Schulgesetzänderungen und/oder richterliche Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Schulträger nicht ausgeschlossen werden.

Die fortlaufende Auswertung der Daten dient zwischenzeitlich der Vorbereitung von Beschlüssen für den Stadtrat.

Dr. Koch